

Das Milliarden-Loch bei den Staatlichen

ZWEITE SÄULE. Den Pensionskassen von Kantonen und Gemeinden fehlen rund 40 Milliarden Franken. Doch das ist nur die halbe Wahrheit.

Härter könnte es Jérôme Cosandey nicht formulieren. «Es war ein fauler und sehr teurer Kompromiss», sagt der Pensionskassenspezialist der wirtschaftsliberalen Denkfabrik Avenir Suisse. Vor zehn Jahren hatte sich das Parlament in Bern auf ein Modell geeinigt, wie man die öffentlich-rechtlichen Kassen bis 2014 verselbstständigen und bis 2024 voll kapitalisieren kann. Jetzt aber zeigt sich: Es wird deutlich teurer als gedacht.

Damals wurden 38 PKs von Kantonen und Gemeinden mit einer Staatsgarantie ausgestattet. Wenn alles schiefläuft, wird der Staat für die von den Kassen eingegangenen Verpflichtungen gerade stehen müssen. 28 dieser Kassen – die meisten weisen grosse Deckungslücken auf – wählten das Modell Teilkapitalisierung. Sie alle streben einen Deckungsgrad von 80 bis 100 Prozent an. Um auf eigenen Füßen stehen zu können, müssen diese Kassen in den nächsten Jahren zusätzlich Wertschwankungsreserven von durchschnittlich 15 bis 20 Prozent aufbauen. Das allein macht klar, dass ihre Sanierung weitere Milliarden kosten wird. Weil das so teuer wird, haben sie bis 2052 Zeit.

Abgehängte Romandie. Bereits jetzt zeigt sich, wie riskant diese Lösung ist, hat kürzlich die Oberaufsichtskommission der Zweiten Säule (OAK) festgestellt. Der Deckungsgrad von Kassen mit Staatsgarantien ist heute tiefer als vor zehn Jahren erhofft, und punkto Sanierungsfähigkeit stehen vor allem die teilkapitalisierten Kassen deutlich schlechter da als die meisten anderen Vorsorgeeinrichtungen.

Wie viel Geld den PKs von Kantonen und Gemeinden fehlt, lässt sich im Moment nur schwer beziffern – zu wild war die Achterbahnfahrt, die die Finanzmärkte während der Corona-Krise vollführten. Gemäss Berechnungen von Avenir Suisse bräuchten die Kassen der Kantone und zehn grössten Städte zusätzlich insgesamt 41,7 Milliarden Franken, um einen Deckungsgrad von 100 Prozent zu er-

reichen (Stand: Ende 2018). Das ist aber nur ein Teil der Wahrheit. Denn darin nicht eingerechnet sind die fehlenden Wertschwankungsreserven, die die Kassen für schlechte Anlagejahre brauchen.

Besonders explosiv ist die Situation in der Romandie. Allein in der Kasse des Kantons Waadt fehlen pro Versicherten fast 190 000 Franken. Ähnlich kritisch ist es in der Stadt Lausanne, wo 171 000 Franken für jeden einzelnen Versicherten fehlen.

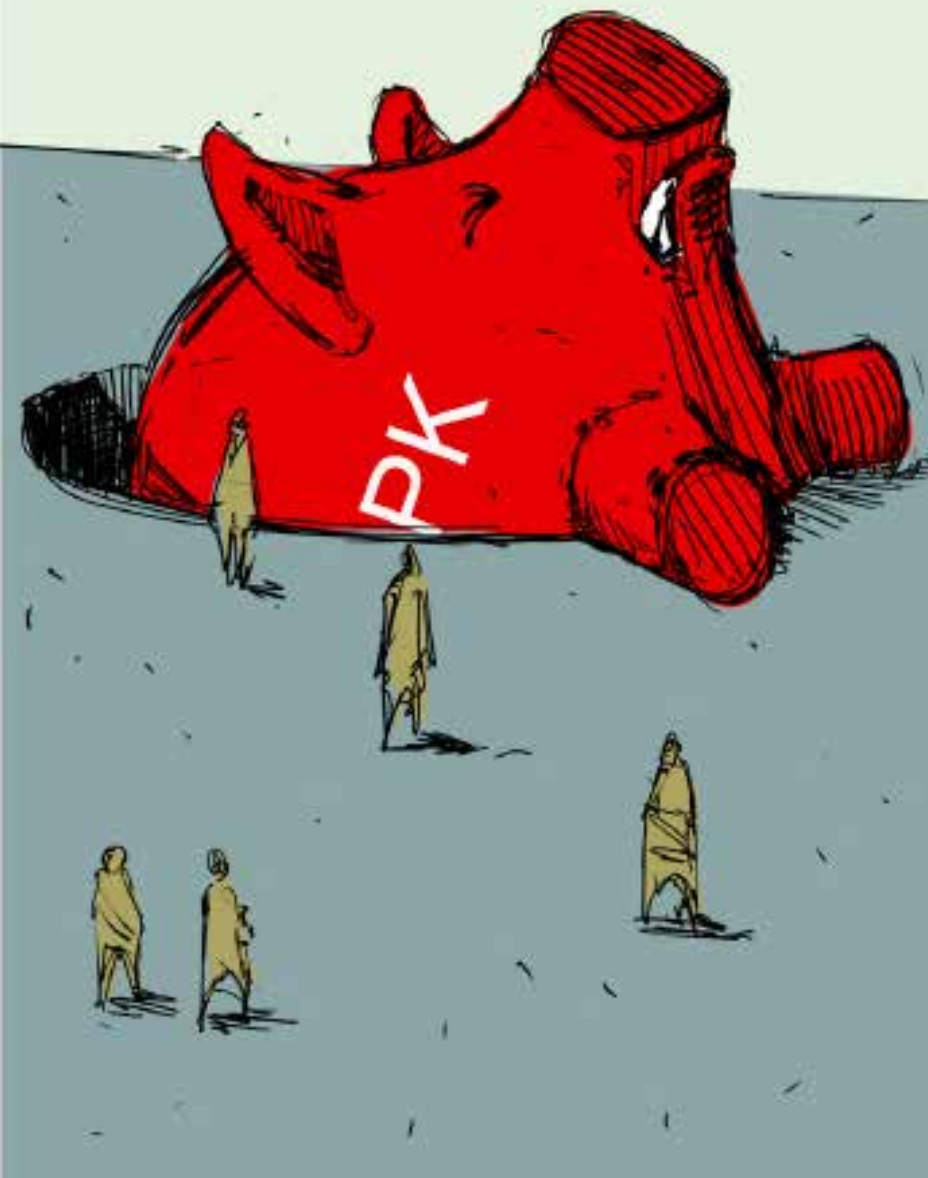
Schlusslicht beim Deckungsgrad ist der Kanton Genf mit 53,8 Prozent (Ende 2019). Es folgen der Tessin mit 64,9 Prozent und der Jura mit 72,7 Prozent. Zum Vergleich: In Appenzell Ausserrhoden liegt der Deckungsgrad bei guten 113,5 Prozent. Allgemein ist die Lage in der Deutschschweiz deutlich entspannter.

Dramatische Aussichten. Ins Bild passt, dass stark unterdeckte Kassen wie Genf, Waadt und Freiburg grossen Reformbedarf haben. Die meisten funktionieren immer noch nach dem Leistungsprimat, bei dem die Rente anhand des versicherten Lohns berechnet wird. Steigt der Lohn, gibt es auch mehr Rente. Das freut die Rentner, belastet aber die Kassen. Dies vor allem, weil die Lebenserwartung in den vergangenen Jahrzehnten stark gestiegen ist. Das hat zur Folge, dass die Finanzierungslöcher noch viel grösser werden. Beispiel Freiburg: Der Deckungsgrad liegt heute bei 79,5 Prozent; wegen des Leistungsprimats wird er bis 2052 nach Berechnungen von PK-Experten auf 45 Prozent sinken.

Trotz der trüben Aussichten ist ein Wechsel zum Beitragsprimat schwierig. So scheiterte letztes Jahr im Kanton Genf eine entsprechende Reform. Die Stimmberechtigten lehnten die Pläne der Regierung ab. Um die Kasse zu stabilisieren, tritt jetzt der Kanton Bauland an die Pensionskasse ab. So will man das Fünf-Milliarden-Loch teilweise schliessen.

Warum die Genfer ihre Staatsangestellten so komfortabel betten, erklärt Jérôme Cosandey

Allein in der Kasse des Kanton Waadt fehlen pro Versicherten fast 190 000 Franken.



von Avenir Suisse so: «Die Romands haben ein anderes Staatsverständnis als die Deutschschweizer.» Und die Gewerkschaften seien stärker, sie verteidigten ihre Pfründen besser.

Festhalten an Privilegien. Auch in der Deutschschweiz sind die Versicherten von öffentlich-rechtlichen Kassen meist gut gestellt. Angestellte der Stadt Bern etwa profitieren von diversen Privilegien: Die Wochenarbeitszeit beträgt 40 Stunden, ab 50 gibt es 27 Tage Ferien, alle fünf Jahre eine Treueprämie und der Lohn steigt in der Regel automatisch. Das Sahnehäubchen aber bildet die Personalvorsorge-

33,9
Prozent tiefer als der Durchschnitt ist der Deckungsgrad bei den öffentlichen Kassen.

kasse der Stadt (PVK): Das Rentenalter beträgt 63 Jahre, die Stadt übernimmt bis zu zwei Drittel der Spar- und die gesamten Risikobeiträge der PK. Zudem zahlt sie den Frühpensionierten die Hälfte der Beiträge für die Überbrückungsrente bis zur ordentlichen Pensionierung.

Grosszügige sechs Prozent Zins. Geht es nach Michel Berger, Präsident der PVK-Verwaltungskommission, soll das so bleiben. «Die Anpassung des Rentenalters ist kein Thema. Gute Leistungen der Pensionskasse sind für den Arbeitgeber ein wichtiger Trumpf auf dem Arbeitsmarkt», sagt der Gewerkschafter. Allerdings ist das Luxus auf Pump. Trotz hervorragender Anlagejahre befindet sich die PVK in Unterdeckung. Ende 2019 fehlten 80 Millionen Franken. Der grosse Brocken folgt aber noch. Die PVK braucht zusätzlich eine halbe Milliarde Franken, um genügend Wertschwankungsreserve aufbauen zu können.

Trotz oft angespannter Finanzlage sind einige öffentlich-rechtliche Vorsorgeeinrichtungen überraschend grosszügig, wenn es um die Verzinsung der Sparguthaben geht. Im sehr guten Anlagejahr 2019 gewährten die kantonalen Kassen von Zug und Uri den aktiv Versicherten einen Zins von satten sechs Prozent – der Mindestzinssatz liegt aktuell bei einem Prozent. Vier Prozent schütteten die Bernische und die Walliser Pensionskasse aus – obwohl der Deckungsgrad im Wallis bei nur 83,1 Prozent lag.

Die jährlichen Analysen der Oberaufsichtskommission OAK zeigen, dass die Kassen mit Staatsgarantie grosszügiger sind als der Durchschnitt aller: Sie verzinsen Sparguthaben mit 2,8 Prozent und damit 0,4 Prozent höher – und das, obwohl der Deckungsgrad mit durchschnittlich 77,3 Prozent um 33,9 Prozent schlechter ist. Hinzu kommt: Kassen mit Staatsgarantie gewähren einen technischen Zinssatz, der im Schnitt ein Viertelprozent höher liegt. Wenn er sinkt, wird ihr Deckungsgrad noch tiefer fallen.

Vor allem die Situation der teilprivatisierten Kassen dürfte sich in den kommenden Jahren noch verschärfen. Trotzdem werden notwendige Sanierungsschritte nicht nur in der Westschweiz vertagt. Das ist zwar gut für die Staatsangestellten, wird aber zum Problem für die Steuerzahlenden, sagt Jérôme Cosandey von Avenir Suisse: «Einige Kantone und Gemeinden nutzen die Teilkapitalisierung als Schlupfloch und lassen den nötigen Antrieb zur Sanierung vermissen.» Man gehe den Weg des geringsten Widerstands und verlagere die Schulden auf die nächste Generation.

TEXT: BERNHARD RAOS
ILLUSTRATION: RÜDIGER TREBELS